

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Beitzelle. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 51

Sonntag den 22. Dezember

1912

Bekanntmachung.

Da wegen des Weihnachtsfestes die Versendung der Nr. 52 des Tabak-Arbeiter bereits am Montag, den 23. Dezember geschieht, ist für diese Nummer der Redaktionschluss auf Freitag, den 20. Dezember, abends, festgesetzt. Alle für die Nr. 52 bestimmten Einsendungen und Anzeigen müssen spätestens zu diesem Zeitpunkt in unseren Händen sein.

Redaktion und Expedition.

Sonnenwende.

Von allen Türmen dröhnen die Glocken. Die offizielle christliche Welt feiert die Geburt dessen, der nicht ruhte, wohin er sein Haupt legen sollte. Die Lippen fließen über von klingenden Worten der Verheißung, Nächstenliebe und Frieden! So schallt es herüber und hinüber und man könnte glauben als sei das tausendjährige Reich der Freude bereits angebrochen.

Ja wenn's nur auf Worte ankäme! Erschiene der Nazarener unter uns, er würde sich gerade am Weihnachtsfest daran machen, die Heuchler und Pharisäer zum Tempel hinauszuerwerfen. Wo ist die Werttätige Liebe, wo die Achtung der Menschen vor den Menschen zu finden? Wo reicht die Güte so weit, unter eigenen Opfern dem Nächsten in der Bedrängnis zu helfen? Ist das Liebe, Achtung, Güte, wenn man den Armen von seinem Ueberfluß einige Pfennige zuwirft und sich obendrein noch für seine „Wohltat“ feiern läßt, sogar Dankbarkeit verlangt? Ist das Gleichheit alles dessen, was Menschenanständig trägt, wenn für das Wohlergehen des einen sich hundert andere zuwenden arbeiten müssen, um sich dann in ihrer Not, vielleicht am Weihnachtsfeste, für etwaige „christliche“ Hilfe noch gar bedanken zu müssen? Sie haben gut reden, die hochmögenden und betugten Leute von der frühlichen, feeligen, gnadenbringenden Weihnachtszeit! Ihre Scheuern sind voll, ihr Sinn ist froh und ihr „Wohlsein“, besonders, wenn es an dem Feste geschieht, das sie als Fest der Liebe bezeichnen, gilt ihnen als Versicherungsprämie für die ewige Seligkeit.

Nun denn, ihr in „Liebe“ und „Güte“ Wandelnden, hört zu, was wir euch zurufen, und zwar so laut und gewaltig, daß es den Schall der Glocken und eure Jubelgesänge übertönt: Wißt ihr nicht, daß Tausende der Ärmsten auch am Weihnachtsfest nicht wissen, wohin sie ihr müdes Haupt legen sollen? Hört ihr nicht das dumpfe Stöhnen der Vielen, die hinter vergitterten Fenstern das Unrecht eurer „gütigen“ Gesellschaftsordnung büßen? Denkt ihr nicht an die zarten Kindlein, die alljährlich durch zu viel Arbeit und zu wenig Verdienst der Eltern dahinstarben? Ihr singt ja wohl am Weihnachtsfest viel von den lieben Englein, wie? Meint ihr, der Schrei der Mutter um ihr Kind sei ein Freudenschrei? Seht ihr nicht am Weihnachtstage, alle Tage, die Kinder der Armen dünnbekleidet, blaß und hohlwangig durch die Straßen laufen? Wißt ihr, wie einem Vater, einer Mutter zu Mute ist, wenn sie ihre Kinder nicht sättigen, nicht kleiden können? Weiter: Vergesst ihr, daß so viele brave Arbeiter und Arbeiterinnen erbarmungslos auf die Straße gesetzt werden, wenn sie sich, um für sich und ihre Lieben ein Stück Brot mehr zu haben, gewerkschaftlich zu organisieren wagen? Denkt ihr daran, daß auch die bescheidenste Verbesserung des Arbeitsverhältnisses oft unter furchtbaren Leiden der Arbeiter erkämpft werden muß? Und, fragen wir daran anschließend, kennt ihr nicht das blutige Schlachtfeld der Arbeit und seine unzähligen Opfer?

Vergesst nicht, daß es Menschen sind, die euch all dieses zurufen, Menschen mit einer unennbaren Sehnsucht nach Liebe und Glück. . . . Wo lüht ihr das, könnt ihr das erfüllen? Antwortet, angesichts eures Festes der Liebe und Freude!

Und speziell wir? Was haben wir Tabakarbeiter den in „Liebe“ und „Güte“ Wandelnden am Weihnachtsfest in die Ohren zu gellen? Ach, es ist leider so furchtbar viel! Kann man eine Familie mit 10, 12, 15 A. ernähren, kann sich ein Einzelner davon ernähren? Können sich da die Kinder satt essen? Blickt in die dumpfen Stuben der Heimarbeit des Lebens Sonnenschein? Die Frauen der Tabakarbeiter müssen mitarbeiten, in der Heimindustrie gar die Kinder; fragt sie, wo's an Lust und Freude sich ihnen bietet! Und alle jene, die schwach und krank, die frühzeitig ins Land der Ewigkeit wandern müssen, im matten Auge noch die stille Sehnsucht nach Glück und Liebe! Wer versorgt ihnen den Lebensrest? All die Mütter in der Tabakfabrik, die ihre Kindlein wegen der Arbeit verlassen müssen, statt sie zu herzen und zu küssen, entbehren sie nicht unendlich? Wie ist denn im übrigen mit den Fol-

gen der Tabaksteuer? Sind sie bereits überwunden? Auch diese Frage ist wohl zum Feste der Liebe gerechtfertigt. Von Schlesien kommt die Kunde, daß eine bekannte Firma gerade vor dem Weihnachtsfest viele, viele Tabakarbeiter und -arbeiterinnen wegen Arbeitsmangel entläßt; auch anderswo gibt es zahlreiche Arbeitslose. Was mögen alle diese Armen, die gerne fleißig für sich und ihre Lieben schaffen wollten, empfinden, insbesondere am Weihnachtsfest? Und müssen wir uns nicht erinnern, wie im vorigen Jahre am Feste der „Liebe“ in Westfalen, Lippe und Waldeck zehntausend Tabakarbeiter und -arbeiterinnen ausgesperrt waren, von denen, die am Weihnachtsfest nicht andächtig genug singen können „... und den Menschen ein Wohlgefallen!“ Weshalb? Weil einige wenige Tabakarbeiter ein paar Pfennige mehr verlangten, ein Stückchen Brot mehr essen wollten! Sollen wir fortfahren in dieser Art zu fragen? Lassen wir es.

Aber auch hier fragen wir euch, die ihr den Menschen ein Wohlgefallen predigen wollt: Können und wollt ihr all die Sehnsucht nach Glück und Freude stillen? Können und wollt ihr den armen Tabakarbeitern des Daseins schwere Last erleichtern? Antwortet, angesichts eures Weihnachtsfestes!

Ach ja, euer Weihnachtsfest ist dem Frieden geweiht! Ihr predigt es ja von allen Kanzeln und singt es in allen Tönen. Wir glauben nicht daran, daß ihr der Menschheit den Frieden zu bringen imstande seid. Das hätte längst geschehen können. Der Frieden zwischen Mensch und Mensch, zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung, zwischen den einzelnen Ländern ist abhängig von den Mächten des wirtschaftlichen Lebens; daran haben Palme und Gesänge und alle Weihnachtsfeste bisher nichts ändern können. Soll es etwa Frieden bedeuten, wenn der eine den andern mit der größten Selbstverständlichkeit zu Grunde zu richten sucht? Soll es Frieden bedeuten, wenn die eine Klasse von der andern beherrscht und nach allen Regeln kapitalistischer Kunst ausgebeutet wird? Soll es Frieden bedeuten, wenn die Völker, bis an die Zähne bewaffnet, auf den Augenblick lauern, gegen den Nachbar loszuschlagen und Hunderttausende, wie gegenwärtig auf dem Balkan, das Schlachtfeld mit ihrem Blute düngen müssen?

Ihr, die ihr das Evangelium des Friedens in vollen Akkorden in die Welt klingen laßt, ihr wollt ja die Grundlagen von Paß, Zwietracht und Krieg erhalten; ihr glaubt ja selbst nicht an die süßen Töne eurer Friedensschalmeien. Eure Taten sprechen ja euren Worten Hohn! Worte habt ihr, nichts als hohle Worte, und allenfalls noch Almosen! Und all eure Friedensquasalei, all euer Gesabbel von Liebe und Glück wirkt gerade am Weihnachtsfest am widerlichsten.

Eine Wahrheit, so sonnenhell und hoffnungsreich, leuchtet heute Millionen Proletariern ins Herz, klärt ihnen die Sinne und gibt ihnen die Garantie auf Befriedigung ihres Bedürfnisses nach Glück und Frieden. Es ist das große, allmächtige Gefühl der Gemeinsamkeit, das die Arbeiter und Arbeiterinnen ergriffen hat. Auf neuen Grund, auf die Solidarität, auf den Wert der Arbeit bauen wir das Gebäude auf, in dem Liebe, Frieden und Freiheit die Menschen vereint. Eine neue Ordnung setzen wir an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaft, die nur Tränen für die einen und ungezählte Freuden für die andern hat. Fester denn je wollen wir uns in unserer Organisation zusammenschließen und unter dem Banner der Brüderlichkeit uns Freude und Glück erringen, auf das wir ein unüberäußerliches Recht haben.

Auch in uns und um uns klingt in diesen Tagen so etwas wie Festgesang. Es ist Sonnenwende. Die lange Winternacht vergeht; nicht lange mehr und hoch am Himmel steht die Altbefreierin, die Sonne, und gibt uns neues Leben. Nicht lange mehr, dann zieht auch der Völkerrückzug ins Land. Schon spüren wir, wie Kraft und Stärke uns umfassen. Dann ist's vorbei mit dem Reden von „Friede auf Erden und dem Menschen ein Wohlgefallen“; dann ist Friede, dann haben alle Menschen Liebe, Glück und Freiheit. Dann kommen Heuchler und Pharisäer nicht mehr in Verlegenheit, wenn sie auf ihre Worte folgen lassen sollen.

Sonnenwende, Sonnenwende! Haltet zu einander, harret aus, Proletariat! Stillt eure Sehnsucht vorläufig im Kampf für eure Freiheit, für Glück und Freude! Es muß ja Frühling werden!

Der Kleinkrieg gegen die Gewerkschaften.

Die behördliche Schikanierung der Gewerkschaften unter Zuhilfenahme und falscher Auslegung des Reichs-

vereinsgesetzes löst in der deutschen Arbeiterschaft schärferes Mißtrauen gegen die regierenden Kreise aus. Das ist eine von den betreffenden Behörden zwar ungewollte, nichtsdestoweniger eingetretene Folge der schikanösen Maßnahmen, von denen wir seit Bestehen des Reichsvereinsgesetzes eine erflückliche Anzahl mitgeteilt haben. Mißtrauisch fragen sich die Arbeiter, ob hinter diesen Quengeseien etwa Absichten stecken könnten, den Arbeitern das Koalitionsrecht immer mehr zu verkümmern, um es füglich bei einer passenden Gelegenheit ganz zu eskamotieren. Denn sonst hätten doch die kleinlichen Behelligungen der gewerkschaftlichen Organisationen keinen Sinn.

Nadelstichpolitik hat für ihre Urheber nie Erfolg gehabt, das lehrt die Erfahrung in Sachsen, wo man nach dem Fall des Sozialistengesetzes das ehemalige sächsische Vereinsgesetz im sozialistengesetzlichen Sinne gegen Partei und Gewerkschaften handhabte. Alle Winkelzüge wurden von den Arbeitern durchkreuzt, die mit der Zeit darin eine erstaunliche Routine erlangt hatten. Dieser Kleinkampf war wohl zeitraubend und belästigend, aber seine ständige Fortführung reizte den Widerstand der Arbeiter, die um so eifriger ihre Ziele verfolgten, während andererseits die behördlichen Organe in diesem Kleinkampf abgenutzt und abgestumpft wurden. Es will manchem verständigen Arbeiter nicht in den Sinn, daß mit solchem Kleinkampf — der, je länger er geführt, immer lächerlicher wird — nicht schlimmere Absichten verbunden sein sollten.

Die aus der unqualifizierbaren Kampfmethode entstehenden Mißlichkeiten berühren nicht etwa bloß die Arbeiter, sie erschweren vielmehr die behördlichen Verwaltungsgeschäfte, rauben Zeit, erfordern Kosten und beschweren obendrein die Parlamente mit zeitraubenden, unliebsamen Verhandlungen. Warum, so fragt man sich, macht die Regierung all dem nicht durch einen Federstrich ein Ende? Mit Mehrheitsbeschlüssen hat schon der Reichstag sich gegen falsche Auslegungen und Handhabung des Reichsvereinsgesetzes gemeldet. Es bedurfte nur einer entschiedenen Anweisung seitens der Regierung, um der politischen Käsekrämerie übereifriger und unverständiger Behörden ein Ende zu bereiten.

Statt dessen ergreift sich der Staatssekretär des Innern, Herr De l b r ü c k, im Reichstag in zweideutigen Redensarten, operiert mit juristischen Wortklauberien oder drehselt erforderten Falles Phrasen des Wohlwollens, wenn die Regierung über die Nadelstichpolitik gegen die Arbeiter interpelliert wird. Das muß die Situation noch verschlimmern. Denn ein klares Ziel ist in dieser Politik nicht zu erkennen, sie wirkt eher verwirrend und aufreizend.

So bleibt denn nichts übrig, als gegenüber diesem Kleinkrieg die Forderung nach einer Revision des Reichsvereinsgesetzes immer und immer wieder zu stellen. Gesten die wohlwollenden Erklärungen, die der Herr v. Bethmann-Hollweg als Staatssekretär des Innern in der Kommission, die seinerzeit das Reichsvereinsgesetz beriet, über die lokale Handhabung des Gesetzes gegenüber den Gewerkschaften abgab, heute der Regierung nichts mehr, nun wohl, dann muß eben eine andere Fassung des Gesetzes geschaffen werden, die der behördlichen Schikanierung der Gewerkschaften den Boden entzieht. Ist es doch, wie gemeldet, bereits so weit gekommen, daß das preussische Obergerichtsgericht zur Entscheidung darüber angerufen wird, ob die großen, zentralisierten Gewerkschaften, oder Zahlstellen derselben als politische Vereine zu betrachten sind, wie einzelne Verwaltungsbehörden das getan haben.

Ehe man so unnütz Zeit und Mittel verträdeln ließe, sollte sich die Gesetzgebung zu einer Aenderung des Gesetzes selbst entschließen. Freilich besteht aber infolge der Haltung der Regierung unter den Arbeitern das Mißtrauen, daß die ganzen Querleien mit der Absicht geduldet, zum Teil verleidigt werden, durch sie selbst auf eine Verschlechterung oder gar Beseitigung des Koalitionsrechts hinzuwirken und vorzubereiten.

Da der Reichstag vorläufig die Frage der Gesetzesänderung nicht in Angriff genommen hat, so bleibt erst die Entscheidung des preussischen Obergerichts abzuwarten. Je nachdem sie ausfällt, muß dann eine Aenderung eintreten: Mache z. B. der Spruch des Obergerichts der angefochtenen Praxis gegen die Gewerkschaften ein Ende, so würden diese selbst sich weiterer Angriffe leicht erwehren können. Würde er aber die bisherige Praxis durch beherrschbare Interpretationen des Gesetzes unterstützen oder sie gar bestätigen, nun, dann muß die Gesetzgebung energisch zu einer Aenderung des Gesetzes gedrängt werden.

Dem Kleinkrieg der Behörden sind zwar die Gewerkschaften gewachsen, aber dem zielbewußten Vorstoß gegen das Koalitionsrecht muß mit den stärksten Mitteln entgegengetreten werden.

Reichstagsbrief.

Am 7. und 9. Dezember wurden im Reichstag dem Petroleummonopol der Regierung „Scheitreden“ gehalten, wie der Abgeordnete Frank die über den betr. Gesetzentwurf aburteilenden Reden bezeichnete. Keine Partei ließ eine zustimmende Erklärung abgeben, alle Redner kritisierten den Entwurf in Grund und Boden.

Für die sozialdemokratische Fraktion legte der Abg. Wurm deren Stellung klar. Die sozialdemokratische Partei sei nicht grundsätzlich gegen Staatsmonopole — verlangt sie doch die Verstaatlichung von Bergwerken usw. — aber ein Staatsmonopol soll dem Volke Erleichterung von kapitalistischer Ausbeutung bringen, keine Verschlimmerung, wie es die Folge des geplanten Petroleummonopols sein würde. Mit Sicherheit ist eine Verteuerung des Petroleums durch das Monopol zu erwarten. Wohl suchte auch der amerikanische Oeltrust Riesengewinne aus den deutschen Konsumenten herauszuschlagen und werde gelegentlich die Preise steigern, dem könne jedoch der Staat begegnen, indem er durch Monopolisierung aller zur Erzeugung von Elektrizitätskräften dienenden Anlagen dem Volke billigere Beleuchtung usw. schaffen könne.

Der Entwurf liege so sehr im Interesse der an dem Geschäft beteiligten Deutschen Bank, daß er nicht anders hätte ausfallen können, wenn die Bank ihn selbst ausgearbeitet hätte. Die sozialpolitische Verbrämung des Entwurfs: eventuelle Ueberflüsse des Monopols zur Veteranenbeihilfe oder zur Arbeiterversicherung zu verwenden — behandelte Wurm als eine vage, ganz unverbindliche Versprechung, die höchstens größerer Gewinnmacherei, also stärkerer Ausbeutung der Konsumenten dienen würde.

Wurm legte dann noch die Grundzüge dar, nach denen die Monopolverwaltung demokratisch eingerichtet sein müsse, wenn die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu einem Staatsmonopol geben solle. Auch Frank wies auf die starke Benachteiligung der Arbeiter und kleineren Handwerker hin, wenn das Monopol nach dem Entwurf zustande käme.

Der Reichstag bereite dem Entwurf ein stilles Begräbnis, indem er ihn an eine Kommission verwies, in der er zu Tode amtiert werden wird.

Zwei Tage lang wurde dann über die Interpellation der Fortschrittler verhandelt, die Koalitionsfreiheit der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter betreffend. Die Verhandlungen bestätigten die Feindseligkeit der regierende Kreise gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Daraus wird auch die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes gegen die freien Gewerkschaften durch reaktionäre Behörden erklärlich. Ferner bestätigten sie, wie unklar die Fortschrittler seinerzeit, als sie im Bülbülbuch standen, handelten, als sie die sozialdemokratischen Anträge zur klareren Fassung des Gesetzes in der Kommission und im Plenum ablehnten und sich mit einigen Erklärungen des damaligen Staatssekretärs des Innern, Herrn v. Bethmann-Hollweg, begnügten. Jetzt, wo die Auslegung und Handhabung des Gesetzes selbst durch Staatsbehörden, wie durch das preussische Kriegsministerium, Arbeitern in staatlichen Betrieben das Koalitionsrecht unmöglich macht, empfinden auch die Fortschrittler, daß zwingende Vorschriften in das Gesetz gehören, die dergleichen Eingriffe der Behörden ausschließen, d. h. direkt verbieten.

Der Abg. Müller-Meinigen, der die Interpellation begründete, führte gerade an dem Fall des Militärarbeiterverbandes die zwingende Notwendigkeit einer solchen Verbesserung des Gesetzes vor, die wir auch in unserem heutigen Leitartikel betonen. Das Kriegsministerium hat jede Tätigkeit für den Militärarbeiterverband verboten. Warum? Weil den selbstherrlichen Vorgesetzten der Militärarbeiter die herbe aber berechtigte Kritik in deren Verbandsorgan über die Mißstände in den staatlichen Betrieben nicht paßt. Jede Tätigkeit für den Verband verbieten heißt die Mitgliedschaft verbieten, sagte treffend unser Genosse Bauer, denn die Ablieferung von Mitgliederbeiträgen ist eine wesentliche Tätigkeit für den Verband.

Gatte der Abg. Müller-Meinigen die Eingriffe des Kriegsministers gegen den Verband scharf kritisiert und die Nichtberücksichtigung dieses Vorgehens nachgewiesen, so unternahm nichtbedauerlicher Herr Delbrück, der Sprechminister für alles, eine Rechtfertigung der behördlichen Handlungen. Seine durch und durch reaktionäre und arbeitserfindliche Rede wurde vom Genossen Bauer am besten dadurch charakterisiert, daß er sagte, der Minister habe sich auf den vorwärtlichen Standpunkt gestellt.

Herr Delbrück sprach ohne Scheu dem Unternehmer das Recht zu, die Koalitionsfreiheit im Wege des Privatvertrages zu beschränken. Die Scharfmacherbestrebungen haben bei diesem Reaktionär Erfolg gehabt, er jener die Unternehmer an, ohne Ausnahmegesetze die Arbeiter rechtlos zu machen; bei der Regierung finden sie Unterstützung. Es ist nur gut, daß die Arbeiter das nicht widerstandslos hinnehmen. Vermehren sich daran die Klassenkämpfe, so ist das also diesem Entrechtungsverfahren zuzuschreiben. Natürlich verteidigte Herr Delbrück erst recht das Vorgehen des Kriegsministers und anderer. Staatsarbeiter sind in den Augen dieser vormärzlichen „Staatslenker“ Rekruten, die nur Kadavergehörnen zu überlassen.

Aber der edle Herr Delbrück, der diesmal so rückwärtslos sein Inneres offenbar, brach auch eine Lanze für die christlichen Gewerkschaften, die er als dem Staate nützlich und wünschenswert bezeichnete. Nicht genug damit — er verteidigte sogar die päpstliche Enzyklika, die gegen die christlichen Gewerkschaften gerichtet ist und meinte, sie habe recht, wenn sie sage: Soziale Fragen seien nicht rein wirtschaftliche und politische Fragen, sondern berühren auch kirchliche und religiöse Fragen, er hält also den päpstlichen Eingriff in das staatliche Koalitionsrecht ebenfalls für berechtigt. Man sieht also, daß dieser Sprechminister es fertig bringt, alles zu verteidigen, was die herrschenden Klassen inklusive des Papstes im-

Den reinen Militärabsolutismus vertrat dann der Kriegsminister v. Seeringen, der im schnarrenden Kaiserentone gegen den Militärarbeiterverband polemisierte, denn „die Art und Weise wie ich Remedur eintraten lasse, ist meine Sache“ — schnarrte er sogar den Reichstag an, aus dem ihm von der Linken heftiger Widerspruch entgegenkam. Zum Ueberflusse machte er sein „schneidiges“ Vorgehen mit dem „Interesse der Landesverteidigung“ zu rechtfertigen. Der Herr scheint zu glauben, daß zur Verzweiflung getriebene Staatsbürger mit Wollust für ihre Peiniger kämpfen würden. Sonderbare Auffassung über die Interessen der Landesverteidigung!

Gründlich wurde dem scheidigen Herrn durch den Genossen Bauer gedient, der aus seiner Sachkenntnis heraus die Uebelstände in staatlichen Betrieben wuchtig geißelte und ihnen gegenüber die Interessen der staatlichen Arbeiter wirksam vertrat. Trotz Maßregelung und Entrechtung würden sich aber die Militärarbeiter nicht den ihnen empfohlenen christlichen Organisationen anschließen, die den Arbeitererrat auf ihre Fahne geschrieben hätten. Nicht nur die Mißstände in Militärbetrieben, auch die bekannten Maßnahmen in den Verkehrsbetrieben, besonders die des preussischen Eisenbahnministers v. Breitenbach bezeichnete Genosse Bauer als nicht mit den Auffassungen unserer Zeit, unserer Sitte und Moral vereinbar. Aber, so schloß er, „arbeiten Sie nur so weiter, die Erntegedächtnisfeier der Sozialdemokratie.“

Am Mittwoch stellte sich dann der christliche Abgeordnete Behrens rückhaltlos an die Seite der Regierungsvertreter und benahm sich dabei so kindisch geifernd, daß der ihm folgende Redner, der Abgeordnete Weinhausen, dieses Auftreten sofort kennzeichnete. Wegwerfend behandelte diesen unfähigen Streber unser Genosse Böhle, der da meinte, nach der Abfertigung durch Weinhausen brauche er um so weniger auf die Ausführungen Behrens einzugehen, als dieser ja gegen alles abgebrüht sei. Auch Böhle vermehrte noch das Anlagematerial gegen die Regierung und selbst der national-liberale Arbeiterabgeordnete Feller legte Protest gegen die Maßnahmen des Kriegsministers ein.

Die Debatte wird hoffentlich der Anstoß zu einer baldigen Revision des Reichsvereinsgesetzes im Sinne eines Schutzes des Koalitionsrechts der Arbeiter geben.

Bemerkenswert ist aus jener Sitzung noch die Annahme eines Nachtragsatzes der 800 000 M zum Schutze deutscher Interessen gegenüber den politischen Unruhen in China fordert. Der sozialdemokratische Abgeordnete Nozke erklärte, die Sozialdemokraten würden dagegen stimmen, weil die inneren Unruhen in China ihren Abschluß durch die Stabilisierung der Republik gefunden haben.

Der Reichstag ist bis zum 8. Januar vertagt.

Die Krankenversicherung im Jahre 1911.

Der „Reichsanzeiger“ (3. Dezember) bringt eine Uebersicht über die Ergebnisse der Krankenversicherung im Jahre 1911. Die Zahl der durchschnittlich Versicherten hob sich auf 13 619 048 von 12 138 966 im Jahre 1907. In derselben Zeit stieg die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsfähigkeit von 4 956 388 auf 5 772 388. Bei den Krankheitsstagen zeigt sich eine Steigerung von rund 97 Millionen auf 115,3 Millionen. Die ordentlichen Einnahmen, die 1907 319,6 Millionen Mark ergaben, betrugen 1911 412,3 Millionen Mark, denen Ausgaben von 300,4 Millionen Mark für 1907 und 388,4 Millionen Mark für 1911 gegenüberstanden. Somit ergaben sich Ueberschüsse von 245 Millionen Mark resp. 312 Millionen Mark. Die Zahl der Krankenkassen selbst ist in der angegebenen Zeit von 23 232 auf 23 109 gesunken. Somit hat die Zahl der Mitglieder pro Krankenkasse eine Erhöhung von 522 auf 589 erfahren. Eine gute Uebersicht, aus der die gesamte Entwicklung der Klassen herausstritt, geben die Berechnungen pro Mitglied. Sie ergeben, daß auf ein Mitglied im Durchschnitt entfielen:

Erkrankungsfälle	1897	1907	1911
Krankheitsstage	0,35	0,41	0,42
Beiträge (einschl. Zusatzbeiträge)	6,17	8,00	8,45
Krankheitskosten	15,94	24,75	28,52
Ärztliche Behandlung	18,98	22,56	26,25
Arznei und Heilmittel	3,23	5,22	6,15
Krankengeld	2,48	3,31	3,90
Schwangeren- usw. Unterstützung	6,20	10,00	11,28
Anfallspflege	—	0,49	0,50
Verwaltungskosten	1,78	2,98	3,77
Vermögen	0,91	1,38	1,63
	16,56	20,18	22,98

Wie sich aus dieser Zusammenstellung ergibt, ist in der Zeit von 1897 bis 1911 die Beitragslast pro Mitglied um rund 79 pM gestiegen, die Gesamtsumme der Krankheitskosten hob sich um nur 39 Prozent, dagegen zeigt sich, daß die Kosten für ärztliche Behandlung (ausschließlich Anfallspflege) um rund 90 Prozent gestiegen sind. Lächerlich gering sind die Aufwendungen für die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung. Es zeigt sich weiter, daß das Vermögen der Kassen ziemlich stark anwächst. Es könnte daher für den arg vernachlässigten Mutter- und Säuglingschutz leicht erheblich mehr getan werden. Was bisher geschehen, verdankt man in der Hauptsache den am meisten unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Ortskrankenkassen, teilweise auch den Fabrikkrankenstellen. Bei diesen machen die erwähnten Ausgaben im letzten Jahre pro Mitglied 58 S, bei den Ortskrankenkassen 66 S aus, bei den übrigen Kassen finden die Leistungen bis auf 2 S pro Kopf und Jahr! Daraus kann man erkennen, wie ungeheure Nachlässigkeitsstände auf diesem Gebiete begangen werden!

Von ganz besonderem Interesse sind die Rückschlüsse, die die Ergebnisse der Krankenkassen in bezug auf die Wirkungen der andauernden Lebensmittelerhöhung ausüben! Die mit der Teuerung verbundene Verschlechterung der Lebenshaltung schädigt natürlich den Gesund-

heitszustand weiter Bevölkerungskreise. Und diese Schädigung kommt schon jetzt in den Ziffern der Krankenkassen in die Erscheinung! In ganz auffälligem Maße sind im letzten Jahre die Krankenkosten gestiegen! Ferner macht sich bei den Krankenfällen und bei den Krankheitsstagen, die in den letzten Jahren einen Rückgang pro Mitglied aufwiesen, für das letzte Jahr ein starker Sprung nach aufwärts bemerkbar! Vom Jahre 1908 bis 1911 sind folgende Veränderungen zu konstatieren:

Ausgabe pro Mitglied	+ 29	+ 7	+ 176 S
Krankenfälle pro 100 Mitglied	— 2	—	+ 2
Krankheitsstage pr. 100 Mitglied	— 19	— 25	+ 44

Man geht sicher nicht fehl, wenn man die bemerkenswerte Veränderung im letzten Jahre auf das Konto unserer vielgerühmten Wirtschaftspolitik zurückführt, für welche Junker, Pfaffen und andere Stützen unserer prächtigen Weltordnung mit zäher Energie kämpfen!

Rundschau.

Regierung und Teuerung. Unter den Städten, die zur Linderung der Fleischnot lebendes Rindvieh aus den Niederlanden einführen wollen, befindet sich auch Koburg. Obgleich es keine große Stadt, entspricht es doch insofern der Vorbedingung für die Regierungsvergünstigung, als es das ganze Herzogtum Koburg und auch den größten Teil des Thüringer Waldes mit Vieh und Fleisch versorgt. Der Reichskanzler hat indessen auf Grund einer Äußerung des preussischen Landwirtschaftsministers die nachgesuchte Genehmigung verjagt. Der Magistrat schreibt dazu:

Es herrscht in der Bevölkerung über diese Ablehnung große Erregung, die nicht unberechtigt erscheint, zumal auch die herzoglichen Staatsministerien in Gotha und Koburg die Stadt Koburg ausdrücklich als unter die Bestimmungen des Erlasses fallend bezeichnet haben. Der Magistrat Koburg beabsichtigt, gegen diese Ablehnung, durch welche die von Reichs wegen in Aussicht gestellten Vergünstigungen zweifellos wieder illusorisch gemacht werden, weitere Schritte zu unternehmen.

Das seltsamste ist, daß, nachdem diese Ablehnung am 9. d. M. erfolgt ist, am 15. d. M. eine Anfrage des Reichsamts des Innern mit Rücksicht auf die im Reichstag zu verwerfende Erörterung der Fleischteuerung an die Gemeindeverwaltungen, so auch an den Magistrat gekommen ist, in welchem Umfange die Stadt Koburg von der (nicht erteilten) Erlaubnis zur Einfuhr von Vieh Gebrauch gemacht hat.

So bekämpft die preussisch-agrarische Regierung die Teuerung!

Fleischpreise. Im November sind in den von der amtlichen Statistik erfaßten 80 Orten Preußens die Fleischpreise etwas gesunken. In der zweiten Hälfte des November stand ein Kilogramm Rindfleisch um 0,6 S, Kalbfleisch um 1,6 S, Hammelfleisch um 1 S niedriger als in der ersten Hälfte des Monats. Schweinefleisch ist dagegen wiederum um 0,5 S und Speck um 2,3 S pro Kilogramm im Preise gestiegen. Wie groß die Preissteigerung in den letzten Jahren war, zeigt folgende Tabelle über die Preise im November des betreffenden Jahres:

	Rindfleisch	Kalb-fleisch	Hammel-fleisch	Schweinefleisch	Speck
1912.....	185,3	208,1	187,8	183,4	213,6
1911.....	168,2	186,4	171,6	147,5	169,8
1910.....	168,3	189,1	172,6	164,1	189,0
1909.....	156,2	175,0	164,7	170,3	191,8

Von einer Linderung der Fleischteuerung ist also noch immer keine Rede.

Die Wohnungsfrage im Sächsischen Landtage. Auf eine sozialdemokratische Interpellation über die Wohnungsfrage antwortete der Minister des Innern. Der Minister bestritt in seiner Antwort nicht, daß ein Mangel an kleinen Wohnungen bestehe; er verwies darauf, daß die Gründe dafür zu suchen seien in der Zunahme der Bevölkerung und in dem schwindenden Interesse am Kleinwohnungsbau infolge der immer schwieriger werdenden Verzinsung der Kaugelder. Die Arbeiter machten außerdem nicht gern Gebrauch von den ihnen gebotenen Wohnmöglichkeiten in Fabriks- und Werkshäusern. Die Regierung halte es für eine Aufgabe der Gemeinden, sich der Lösung der Wohnungsfrage anzunehmen. Der Minister zählte außerdem auf, was die Regierung schon alles getan habe, um die Gemeinden zum Bau von Kleinwohnungen anzueifern, der aber sehr oft mit den Interessen der Hausbesitzer kollidiere, die man ebenfalls nicht übergehen könne. Zum Schluß versprach der Minister, dieser Frage weiterhin sein Interesse zuzuwenden. Ein nationalliberaler Abgeordneter äußerte sich zustimmend im Sinne der Interpellanten. Er erkannte die Wohnungsnot an und erörterte alle Maßnahmen, die geeignet seien, sie zu beheben.

Achtung, Rentenempfänger. Vom 1. Januar 1913 ab tritt bei den Postanstalten eine Veränderung in der Auszahlung der Renten ein. Jeder Rentenempfänger bekommt von der Post eine Ausweisarte, die mit einer Nummer versehen ist. Diese Karte muß bei der Abhebung des Rentenbetrages dem auszahlenden Beamten vorgezeigt werden. Im Interesse der Rentenempfänger liegt es daher, daß sie sich die Nummer einprägen, damit sie, wenn die Ausweisarte einmal abhanden kommen sollte, sich durch die Angabe der Nummer als Empfangsberechtigte ausweisen können.

Arbeitswilligensatzung. Die „Tägliche Rundschau“ will erfahren haben, daß man im Reichsamt des Innern auf dem Standpunkt stehe, daß die bestehenden gesetzlichen Vorschriften völlig ausreichend sind, so daß die Einbringung eines Arbeitswilligensatzungsgesetzes unnötig sei. Dazu sagt die „Deutsche Tageszeitung“, daß sie vom Reichsamt des Innern nichts anderes erwartet habe und kündigt dann an, daß die Konservativen ihre Scharfmacher-Resolution bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wieder einbringen werden.

Die Fleischkommission des Reichstages begann ihre Nichttätigkeit mit einem Akt widerlicher Volkerver-

Ein entsetzliches Urteil.

Im Musterlande, in der Stadt Mannheim, war es, wo am 4. Dezember das Gericht ein Urteil fällte, das die davon Betroffenen zum Wahnsinn treiben kann. Nicht hochmögende Herren standen dort in der Anklagebank, sondern Arbeiter, Freunde Arbeiter, die sich durch Arbeitswillige hatten hinreißen lassen, etwas zu tun, das sie unter normalen Verhältnissen nie und nimmer getan hätten.

Auf der Deutschen Steinzeugfabrik in Friedrichsfeld war ein Streik ausgebrochen. Ein Streik ist für Kapitalistenfeinden und Kapitalistenhunden ein schandwürdiges Verbrechen, trotzdem das Recht der Arbeiter, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die ArbeitsEinstellung zu erkämpfen, gesetzlich festgelegt ist. Aber Gesetz hier, Gesetz her! Wer es wagt, den Profit der Unternehmer zu schmälern, gar noch durch den Streik, wird von der Unternehmerklasse als Todfeind angesehen und unzählige Mittel werden angewendet, ihn unschädlich zu machen. Und diese Mittel in den Händen der Unternehmer sind wahrhaftig nicht gering. Kann man die Arbeiterbewegung demnach nicht umbringen, so richtet der Kapitalist mit seinem ganzen Troß den Schrei nach dem Zuchthausgesetz an Regierung und Parlament. Andererseits wird der Auswurf der Menschheit aus den großstädtischen Kloaken, die das Gesellschaftsleben unserer kapitalistischen Zeit geschaffen, heraufgeholt, um als Streikbrecherrombid auf die um eine höhere Kultur kämpfende gestillte Arbeiterklasse losgelassen zu werden.

Wir billigen natürlich auf keinen Fall, wenn sich Arbeiter, obgleich in berechtigtem Zorn, an solchen traurigen Gesellen vergreifen. Einmal ist unsere Sache gerecht genug, um sich ohne Gewalt durchzusetzen, und dann nützt uns auch ein derartiges Vorgehen nichts. Nur unglücklich machen können sich die ehrlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Schon ein „Pini“ gegenüber solchen Elementen veranlaßt die Gerichte, mit monatelangen Gefängnisstrafen vorzugehen. Wenn es sich um die Aburteilung gewöhnlicher Straftaten handelt, so spielt es bei der Strafzumessung und der Gewährung mildernder Umstände eine große Rolle bei dem Gericht, ob die Tat im Affekt, in der Aufregung, begangen ist oder nicht. Bei vielen Streikprozessen aber nimmt man keine Rücksicht mehr darauf. Die Richter vermögen es oftmals nicht, sich in die Situation eines Arbeiters hinein zu versetzen, der, in Hunger und Kummer mit seiner Familie dahinsiechend, sich an einem Gemohnheitslumpen vergreift, wenn dieser ihm den schweren wirtschaftlichen Kampf durch die erbärmlichste Streikbrecherrolle erschwert oder unmöglich macht. Wie oft werden ehrliche Arbeiter nicht noch obendrein von diesem menschlichen Abfall verhöhnt und provoziert! Überall wo die Gestalten a la Hinge, Rahmarek, Auguste Müller usw. sich zeigten, bildeten diese rohen Schlingel des Unternehmertums eine Gefahr der Bevölkerung. Fast gewinnt es den Anschein, als ob diese Banditenheeren außer zu ihrem Streikbrecherzweck noch dazu verwendet werden, den Unternehmern die nötigen Exzesse zu liefern, die in der entprechenden Bearbeitung dann zur Begründung ihres Zuchthausgesuchbegehrens dienen können.

In der Friedrichsfelder Steinzeugfabrik waren solche Berufsstreikbrecher eingetroffen. Am 13. Juli abends kam es zu einem Zusammenstoß, bei welchem ein Streikbrecher durch Messerstiche schwer verletzt wurde. Von den Streikbrechern wurde vor Gericht selbst zugegeben, daß vorher von ihnen Schüsse abgegeben worden seien.

Die Verhandlung, die am 4. Dezember vor der Mannheimer Strafkammer stattfand, gestaltete sich zu einer furchtbaren Tragödie. Die Arbeiter Sattler, Weber und Heibel erhielten wegen Körperverletzung und Streikvergehen jeder 5 Jahre und 2 Monate Gefängnis, der Arbeiter Wehl erhielt 5 Jahre Gefängnis, die Arbeiter Schlipf und Spitzenberger erhielten jeder 3 Monate Gefängnis. Den Angeklagten konnte eine direkte Beteiligung an dem Streik nicht nachgewiesen werden, nur einer derselben gab zu, nach den Arbeitswilligen, nachdem geschossen worden sei, geschlagen zu haben. In der Urteilsbegründung sagte der Gerichtsvorsitzende, daß das Urteil deshalb so hart ausgefallen sei, weil die Angeklagten hartnäckig gelogen hätten, daß nur ein geringer Teil der Schuldigen hätte ausfindig gemacht werden können.

Ob das Urteil juristisch haltbar ist, bern-dazu wir im Augenblick nicht zu ermitteln, aber entsetzlich ist es auf jeden Fall nicht nur für die davon Betroffenen und deren Familienangehörigen, sondern für jeden Kulturmenschen. Wenn das Gericht die Schuld der Angeklagten anzuerkennen sich gezwungen sah, mußte es auf solche furchtbare Strafen erkennen? Der Streikbrecher mag schwer verletzt worden sein, aber wir erinnern uns so mancher Prozesse, die den Angeklagten wegen Totschlags weit geringere Strafen brachte. Und warum hatte das Gericht keine Ursache, mildernde Umstände zu gewähren? War es unmöglich, den Angeklagten die Erregung zugute zu halten, in die sie durch die Anklage und gar durch die Schüsse der Streikbrecher hineingeraten mußten? Hat das Gericht sich bei der Urteilsfällung in die Psyche der Angeklagten am Tatabend hineinversetzt? Mußten die Angeklagten als Arbeiter nicht aufgeregter sein, gleichviel, ob sie am Streik teilgenommen haben oder nicht, als die Streikbrecher kamen und ihnen in den Rücken fielen? In einer Sache, die den Angeklagten als gerecht, ja als heilig galt?

Wir können nicht glauben, daß diese Gedanken den Richtern fremd geblieben sind. Wir können auch nicht glauben, daß die etwaigen wirtschaftlichen und politischen Gegenstände, die die Richter gegenüber den Angeklagten haben könnten, soz. haben werden, ausschlaggebend ge-

wesen sind bei der Strafzumessung, denn wir gehen von uns selbst aus und würden uns nie und nimmer, am allerwenigsten aber bei einem Bestimmungsgegner, von der absolutesten Gerechtigkeit abbringen lassen, viel eher würden wir, um auch jeden Schein von Parteilichkeit zu vermeiden, dem Gegner gegenüber leichter zur Gewährung mildernder Umstände bereit sein. Aber damit haben wir für uns immer noch keine genügende Begründung des furchtbaren Mannheimer Urteils gefunden. Die Mannheimer Richter werden ihr Urteil für angemessen und richtig gehalten haben, das glauben wir gern.

Bei solchen Gedanken kommen wir natürlich auch zu der Frage: Wie kommt es, daß Streikbrecher jener Sorte, wie sie in Friedrichsfeld hausten, bei ihren Straftaten so außerordentlich milde behandelt werden, falls es die Staatsgewalt überhaupt für nötig hält, sie zu fassen? Wie lesen gerade in der Tagespresse, daß ein Arbeitswilliger, der ohne Veranlassung drei Personen durch Messerstiche schwer verletzte, nur fünf Monate Gefängnis erhielt. Das war freilich nicht in Mannheim. Oder ein anderer Fall: In Nachen erschoss, auch bei Gelegenheit eines Streiks, ein Fabrikant einen ruhig seines Weges gehenden Arbeiter, dafür erhielt er nur drei Monate Gefängnis. Oder: Was ist mit dem Streikbrecher geschehen, der in Burg bei Magdeburg einen Arbeiter tötete? Wir könnten eine lange Reihe Fragen dieser Art stellen. Wer von der Staatsgewalt möchte uns eine erklärende Antwort geben?

Man redet so viel davon, daß der Terrorismus der Arbeiter bei ihren Lohnkämpfen so roh und rücksichtslos wie nie zuvor zur Anwendung komme und daß man deshalb exemplarisch bestrafen müsse. Auch das Argument kann für die Mannheimer Richter nicht gegolten haben, und zwar deshalb nicht, weil es einfach nicht wahr ist. Wir sehen voraus, daß Richter, die bei Abwägung ihrer Urteile gewiß einmal zu solcherlei Argumenten kommen könnten, zumal solche überall herumspuken, sich über derartige Dinge klar sind und wissen müssen, wie jeder Organisierte es weiß, daß früher, als die Arbeiterbewegung noch schwach und die Arbeiter weniger diszipliniert waren, im Verhältnis viel mehr in der angegebenen Richtung gesündigt wurde, als heute. Man komme uns nicht etwa mit der Statistik! Früher wurde allerdings nicht jeder verdächtige Blick als ein Verbrechen gegen S. M. den Streikbrecher bestraft.

Bei den Unternehmern ist heute die Scharfmacherei in Mitleid, und was von Unternehmers Gnaden leben will, pfeift aus demselben Loche. Die Arbeiter mit ihren Organisationen stören die Kapitalisten in der schrankenlosen Ausbeutung; und da man die Arbeiter und ihre Organisation nicht umbringen kann, will man die Gesetzgebung dazu benutzen und verfehlt möglichst alle Welt in die Terroris-mushypnose. Wir glauben deshalb schon, daß den Unternehmern Urteile wie das Mannheimer nicht unangenehm sind, indem sie die Hypnose verstärken, aber auch, wenn der Gesetzgeber democh nicht anbeistehen sollte, zeigen, daß es auch so geht. Aber in dieser Hypnose haben natürlich die Mannheimer Richter ihr Urteil nicht gefällt. Richter müssen ja vollkommen unabhängig und vorurteilsfrei sein in ihren Entscheidungen.

Wie wir die Sache auch drehen und wenden mögen, wir finden keine Erklärung für das ungeheuerlich harte Urteil der Mannheimer Richter. Vielleicht wissen die Leser eine!

Soviel möchten wir aber sagen zum Schluß: Man lasse sich niemals, weder bei Lohnkämpfen noch sonstwie, zu ungeschicklichen Handlungen hinreißen, und gehe seiner Majestät dem Streikbrecher weit aus dem Wege! Unsere Betätigung bestehe in der Ausbreitung und Stärkung der Organisation und in eiserner Disziplin!

Augenmerkblatt und Heimarbeit.

Ein vom Universitätsprofessor Dr. D. Eversbusch und Landesgewerbearzt Dr. Fr. Koelsch verfaßtes Augenmerkblatt weist darauf hin, wie wichtig gesunde Augen für die gewerblichen und industriellen Arbeiter sind und schildert neben Anweisungen für schnelle Hilfe bei Verletzungen ausführlich, wie gerade die Beschäftigungsart bei vielen Arbeitern und Arbeiterinnen gefährlich für die Augen sein kann.

Eine Stelle lautet: „Augenarbeit ohne genügendes Licht — also in der Dämmerung, bei Zwieltlicht oder bei mangelnder künstlicher Beleuchtung — ist sehr nachteilig. Besonders gilt das für die Heimarbeiter, Schreiber und Zeichner, Lithographen, Seher, Graveure, Feinmechaniker, Näherinnen, Stickerinnen und dergleicher. Berufe mehr. (Das gilt auch für Tabakarbeiter. D. R. Wollt Ihr, daß die Augen nicht kurzichtig und schwach werden und die etwa bei Euch schon vorhandene Kurzsichtigkeit nicht noch zunimmt, so müßt Ihr das Auge möglichst weit entfernt von dem zu bearbeitenden Gegenstände halten! Der Abstand zwischen Ihm und den beiden Augen soll mindestens 33 Zentimeter betragen! Laßt nach getaner Arbeit, auch in den Arbeitspausen, die Augen ausruhen, besonders durch Blick in die Ferne, ins Grüne! An Sonn- und Feiertagen aber läßt die Augen bei Bewegungsspielen und Fußwanderungen!“

Was hier gesagt wird, ist durchaus nichts neues und den Arbeitern und Arbeiterinnen auch bereits bekannt. Trotzdem vermag besonders eine Arbeiterkategorie diese Regeln nicht zu befolgen: die Heimarbeiterinnen. Wo ist ihnen wohl Gelegenheit gegeben, bei genügendem Lichte ihre Arbeit zu verrichten? Nirgendes ist der Arbeitstag weiblicher Personen so lang und fällt namentlich in die Abendstunden, wie in der Heimarbeit. Am Tage ist die Heimarbeiterin zunächst einige Zeit mit

Handreichungen für den Mann und die Kinder zu tun, die zur Arbeit oder zur Schule müssen. Dann kommt die Besorgung des Hausweins und die Vorbereitung für das Essen, und häufig wird eine erhebliche Zeit dann noch für das Liefern und Abholen der Arbeit geopfert. Viele Heimarbeiterinnen müssen täglich oder doch in der Woche mehrmals liefern. Die Klagen über langes Warten sind allgemein. Die Wartezeit fällt aber in die Tagesstunden und wird nicht entschädigt. Liegt die Wohnung dann noch vom Geschäft weit entfernt, dann ist die Zeitverräumnis um so größer. In den meisten Fällen kann die Heimarbeiterin erst am Nachmittag, zum mindesten aber doch erheblich später, mit der Erwerbsarbeit beginnen, als die Werkstatt- oder Fabrikarbeiterin.

Will die Heimarbeiterin nun ein'germaßen verdienen — und welche Heimarbeiterin ist heute nicht darauf angewiesen, mehr als ein Taschengeld durch ihre Arbeit zu erwerben — dann heißt es, bis spät abends arbeiten. Für Heimarbeiterinnen existiert kein Maximalarbeitsstag, auch keine Bestimmung über Beginn und Ende; wie es für gewerbliche Betriebe der Fall ist. Sie können ihre Arbeitszeit bis tief in die Nacht hinein ausdehnen und sind durch die miserable Bezahlung, die in der Heimarbeit üblich ist, und die vorherrschende Saisonarbeit in den meisten Fällen dazu verpflichtet.

Reichlich zwei Drittel ihrer Tätigkeit wird bei künstlicher Beleuchtung verrichtet. Hierzu zwingen auch zum Teil die Wohnungsverhältnisse. Nur die wenigsten Heimarbeiterinnen können in Vorderhäusern und in breiten Straßen wohnen, wo es in den Wohnungen länger hell bleibt, als in Hinterhäusern, auf engen Höfen. Da die in der Heimarbeit die Regel bildende Beschäftigung, nähen, stricken, sticken usw. besonders scharfes Sehen erfordert, so ist die Heimarbeit mit allen ihren Begleitererscheinungen eben besonders gefährlich für die Augen.

Wie notwendig wäre gerade hier eine Regelung der Arbeitszeit, als deren Voraussetzung natürlich bessere Bezahlung zu betrachten ist. Aus bestimmten Anlässen, wie z. B. durch Veröffentlichung des Merkblattes, kommt dies wieder deutlich zur Geltung. Aber gerade die Heimarbeiterinnen sind für die gewerkschaftlichen Organisationen so schwer zu gewinnen. In keinem anderen Berufe haben die bisher hierfür angewendeten Mühen so wenig Erfolg gehabt. Den Schaden tragen in erster Linie die Heimarbeiterinnen, die sich mit Verdiensten begnügen müssen, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen und den Gesundheitsgefahren stehen, die die Heimarbeit mit sich bringt. Die geringe Einzelenährdung bedingt überlange Arbeitszeit, Heranziehung der Kinder und trotzdem Unterernährung da, wo von dem Verdienst der Unterhalt der Familie zum größten Teil oder ganz bestritten werden soll. In zweiter Linie trägt den Schaden die gesamte Arbeiterkategorie, die mit darunter leidet, daß in der Heimarbeit so schlechte Arbeitsbedingungen vorherrschen.

Möge es doch endlich gelingen, auch die Heimarbeiterinnen von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen, die allein ihnen bessere Arbeitsbedingungen schaffen kann und der Gesundheit weniger schädigende Arbeitsmethoden durchzuführen in der Lage ist.

Weihnachtsabend eines Tabakarbeiters.

Es war Weihnachtsabend. Der Nordwind wehte schneidend kalt durch die Straßen und Gassen der Stadt. Die wenigen Leute, die sich noch auf den Straßen befanden, wickelten sich fester in ihre Umhüllungen, und in Eile strebten sie ihrem Heim zu. Am Feste der „Liebe“ wollten alle so früh als möglich bei ihren Angehörigen sein.

Die engen Gassen, in denen nur hin und wider ein Licht flackerte, durchschritt langsam und schwer eine Gestalt. Die Kleidung war schäbig; an vielen Stellen hatte der Wind freien Zutritt. Im Angesicht des bedauernswerten Menschen waren deutlich Tage bitterster Not und Armut zu lesen. Es war ein Tabakarbeiter. — — —

Der Herrste hatte unter den Folgen der Reichsfinanzreform schwer zu leiden gehabt. Zunächst war er entlassen worden, dann durfte er nur halbe Wochen arbeiten. Aber vorläufig war es noch Unterstützung, und er half sich durch. Doch das Glück wurde nicht besser, und wenn ihm auch die Organisation in der Arbeitslosigkeit beistand, so mußte doch endlich einmal die Zeit kommen, daß es wieder vorwärts ging. Obendrein noch die furchtbare Verteuerung des Lebensmittels!

Und nur war es Weihnachtsabend! Wer eben konnte, bereite seinen Kindern eine bescheidene Freude. Er war ein sorgloser Vater und hatte am Feste der Liebe nicht so viel, um seinen Kindern Brot kaufen zu können! Vor acht Tagen war er entlassen, plötzlich ganz auf die Straße gesetzt worden. Dort oben in dem Dachstuhl harrten Weib und Kinder seiner. Nur nicht hinaufgehen! Fort, fort von der Stätte, wo er die einzigen, die ihm lieb waren, in Tränen finden würde!

Nur weiter! Er spürte keine Kälte mehr, nur hin und wieder rang sich ein schwerer Seufzer aus der kranken Brust. War er nicht schon draußen im Vorort? Nichtig, eine Villa an der anderen. Er fraud still. Klang von dort her nicht ein Weihnachtslied, klangen nicht frohe Kinderstimmen zu ihm herüber? Wirklich, das war ja das prächtige Haus seines gewesenen Fabrikanten!

Was wohl jetzt seine Kinder machen würden? Ob sie wohl nach ihm fröten? Er alauble ihren Schrei nach

Vom Kinderhandel.

Henriette Arendt, die bekannte Stuttgarter Polizeiaffistentin a. D., setzt ihren Kampf gegen den Kinderhandel fort. Sie bemüht sich, weiter das gewissenlose Treiben der Kinderhändler durch private Ermittlungen aufzudecken. Den Opfern, die ihnen entrisen werden konnten, widmet sie eine private Fürsorge. Ueber die Arbeit des letzten Jahres hat sie jetzt in einem kleinen Druckheft berichtet. (Henriette Arendt, Kinderhändler. Stuttgart, bei H. J. Clausnitzer. 25 S.) Von Freunden ihrer Arbeit wurden ihr Mittel zur Verfügung gestellt, um in Ober-Schlesien, Polen, Galizien, in Elßaß-Lothringen, Frankreich, Belgien der Verschleppung deutscher Kinder nachspüren zu können. Was sie über das Ergebnis dieser Tätigkeit meldet und sonst noch über das schädliche Gewerbe der Kinderhändler mitteilt, ist geradezu entsetzlich. Wie geben hier einiges davon wieder, doch müssen wir dahingestellt sein lassen, ob die Wahrheit der ihr von anderer Seite gemachten Angaben überall hinreichend feststeht.

Die Recherchen in Polen galten besonders einer Familie, über die schon vor Jahren bekannt geworden war, daß sie Kinder „sammelte“. Ihr jagte damals die Katowitzer Polizei ein aus Oberschlesien verschlepptes Kind ab, das unter neun bei der Familie in jämmerlichem Zustand vorgefundenen Kindern entdeckt wurde. Daß Kinder aus Schlesien und aus Polen und auch aus Berlin nach Rußland verschmuggelt werden, hat H. Arendt auch jetzt noch sich dort an behördlicher Stelle bestätigen lassen. Jüngere Kinder wurden zu Bettelweibern „präpariert“ und an Bettler verkauft, zur Aufzucht für Bordelle werden Mädchen schon schulpflichtigen Alters bestimmt. Bei Wilna soll man vor mehreren Jahren eine „Krüppelfabrik“ mit 78 größtenteils aus Deutschlands stammenden Kindern entdeckt haben, deren Verküppelung von einem hierzu angeworbenen Arzt besorgt worden sei. In Galizien ermittelte H. Arendt, daß dort unter den Opfern des Kinderhandels besonders viele jüdische Kinder sind. Von 50 Kindern, die in Krakau ihr von einer „Stellenvermittlerin“ des Vorbestellviertels zur Auswahl offeriert wurden, waren 12 katholisch und 38 jüdisch. Auch der Vormund mehrerer dieser Kinder, dessen nicht einwandfreie Vorgehen dem Vormundschaftsrichter bekannt war, bot ihr ein pauc seiner Mündel an. Ihm kaufte H. Arendt nacheinander zwei Kinder ab; die sie nach Deutschland brachte und hier in Pflege gab. Als sie mit einem dritten Kinde, das eine Bettlerin ihr überlassen hatte, die Grenze überschreiten wollte, wurde sie selber unter dem Verdacht des Kinderhandels angehalten. Den Kinderhändlern mehr auf die Finger zu sehen, waren die galizischen Behörden gerade durch sie angeregt worden.

Um ein Bild von dem Kinderhandel überhaupt zu geben, bringt das Heftchen noch eine eingehende Darstellung mehrerer Fälle, die bereits eine Reihe von Jahren zurückliegen. Das Treiben eines „Adoptionsvermittlers“ aus Stragburg und einer Bordellbesitzerin aus Nürnberg, die mit ihm in Geschäftsverbindung stand, wurde durch Wiedergabe seiner Geschäftskorrespondenz beleuchtet. Die Kinder besorgte sich der „Adoptionsvermittler“ größtenteils durch Zeitungsinsertate, zum kleineren Teil von Hebammen, auch von solchen in Belgien und Luxemburg, die fast nur Mütter aus Deutschland zur Geheimtätigkeit aufnahmen. Empfehlungen bestellte er zuweilen bei Bekannten, an die er die Eltern der weggewanderten Kinder verwies. Als ihm das uneheliche Kind eines Offiziers, ein einjähriges Mädchen, angeboten wurde, schrieb er der Bordellbesitzerin: „Bei Ihnen verkaufen doch gewiß eine Anzahl Offiziere, welche gern bereit sein werden, Ihnen schriftlich zu bezeugen, daß das Kind bei Ihnen bestens untergebracht sein würde.“ Aus dem Geschäftsbetrieb von Kinderhändlern in Adln gibt die Broschüre Schilderungen, die bis in die Jahre 1910 und 1911 hineinreichen. Auch Belgien bezieht, wie H. Arendt 1911 feststellte, aus Deutschland keine Kinder, die weiterverkauft werden. Eine belgische Kinderhändlerin kam wiederholt nach Berlin, um von Hebammen Kinder zu übernehmen. In Brüssel ist aufgefallen, daß Pflegekinder,

die in Lebensversicherungen eingekauft waren, durch Verbrüfung mit kochendem Wasser tödlich „verunglückten“.

Der Kinderhandel ist von all den Blüten, die auf dem Sumpfboden unserer vom Kapitalismus beherrschten Gesellschaft gedeihen, eine der widerwärtigsten und schmerzhaftesten. Unbegreiflich wird es manchem scheinen, daß an sich die Verschönerung von Kindern nicht durch Gesetz verboten ist. Strafbar macht sich ein Kinderhändler nur, wenn er seine Kundschaft — unrettet bedient.

Die Zigarrenfabrik Pokora in Neustadt, Westpreussen.

Die Firma Pokora in Neustadt, Westpreußen, läßt es sich angelegen sein, ihre Fabrikate in den verschiedenen Arbeiterzeitaltern anzupreisen. Es läßt sich nicht leugnen, daß viele Arbeiter in dem Glauben sind, es handle sich hier um eine Tariffirma, die auch entsprechend gute Löhne zahlt. Andererseits fällt auch die Billigkeit der Fabrikate dem Leser auf und man ist gar zu leicht geneigt, einmal einen Versuch bei dieser Firma zu machen. Ein Fachkundiger wird jedoch die Angebote dieser Firma mit einem Kopfschütteln hinnehmen, weiß er doch, welche ungeheure Steuern und Zölle auf dem Tabak lasten. Da ist nur das eine oder das andere möglich, entweder man kann nur Tabakstaub, gewalzte Rippen oder sonstiges minderwertiges Material als Einlage verarbeiten, oder Papierumblatt, wie es tatsächlich bei der Firma Pokora unter der Bezeichnung imitiertes Umblatt bei billigen Sorten zur Verarbeitung gelangt, oder man ist auf Grund der niedrigen Arbeitslöhne in der Lage, zu solch spottbilligen Preisen zu verkaufen. Offeriert doch diese Firma Zigarillos von 15 M pro Mille, und Zigarren, sein in Kisten verpackt, von 18 M das Mille an. Eine Zehnpackung Zigarre, sein in 50-Stück-Kistchen verpackt mit Ring für 2,40 M für das Mille.

Ganz abgesehen davon, daß die Qualität der Fabrikate mit der Billigkeit im Einklang steht, so werden Löhne gezahlt, die in der gesamten Tabakindustrie wohl einzig dastehen. Freilich, wenn die Hausarbeiterinnen bis in die späte Nacht arbeiten, lassen sich ein paar Mark mehr verdienen, und Wochenverdienste von fünf bis sieben Mark sollen, wie uns versichert wird, keine Seltenheit sein. Wird doch für Rollen pro Mille von 1,20 M an bezahlt. Widel werden mit 1,80 M pro Tausend bezahlt, während für die billigsten Sorten Maschinenwidel zur Verarbeitung kommen. So zahlt die Firma für „Sport“, „Hausmarke“, „Fägerlust“ — welche für 21 bis 27 M pro Mille verkauft werden — für Widel 1,80 M und für Rollen 2,50 M. Daß auch die auf der Fabrik arbeitenden Kolleginnen nichts verdienen können — trotz der langen Arbeitszeit — ist selbstverständlich.

In der neuesten Preisliste, die die Firma zum 25jährigen Geschäftsjubiläum herausgegeben hat, wird viel von dem guten Einvernehmen zwischen Arbeitern und Firma gesprochen und wie lehrtere am geistigen Wohl der Arbeiter interessiert ist. Die Löhne, die gezahlt werden, sprechen aber nicht dafür. Man hat dort eine Fabrikpartei, einen Gesangverein, eine Fabrikbibliothek. Das sind aber alles Dinge, um die Arbeiterschaft über ihr traurige Lage hinwegzutäuschen. Bedauerlich ist nur, daß die circa 300 Personen zählende Arbeiterschaft der Organisation gänzlich fremd gegenübersteht. Aber es ist dies auch kein Wunder, wenn man bedenkt, daß den freien Gewerkschaften in Neustadt jede Versammlungsgelegenheit fehlt, da kein Versammlungsort aufzutreiben ist. Auch hatten die meisten Tabakarbeiter in Neustadt gar keine Ahnung, was anderswo an Arbeitslohn gezahlt wird. Unsere Aufgabe wird es sein, auch in dem dunkelsten Teil Deutschlands Aufklärung zu bringen. Andererseits zeigt es sich auch, wie notwendig es ist, daß auch die Konsumenten darauf achten und ihren Bedarf nur von solchen Firmen bedecken, die Tarifware in den Handel bringen.

„Christliche“ Ehrlichkeit.

In Nr. 49 des „christlichen“ Organs befindet sich eine Notiz „Noter Terror im Tabakgewerbe“. In dieser Notiz heißt es: „Zu welchen Frechheiten die rote Unverschämtheit fähig ist, zeigt sich besonders in den vielen Fällen, wo die Gewissen christliche Arbeiter brotlos machen. Mögen sie besteln gehen, wenn sie Hunger haben, denken diese Frechheitshelden.“ Und nun wird ein Fall aus Rehme aufgeführt. „Der Fabrikant fragte beim Abliefern ein Mitglied von uns, ob es im christlichen Verband sei. Als der Kollege das bejahte, sagte ersterer, es wäre ihm gleich, in welchem Verbands er (der Kollege) sei, aber die „Frei“organisierten (die bei der Firma einen Tarif haben) seien an ihn herangeraten, entweder müsse der Christliche zu ihnen übertreten oder aufhören. Der Kollege zog es darauf vor, die gestülpte Stätte selbst zu verlassen.“

Die starken Worte, welche in dieser Notiz gebraucht wurden und das Verschweigen des Namens des Verantwortlichen ließen bei uns den Verdacht aufkommen, daß es sich hier um christliche Klauen handle. Da in Rehme die Firma Schlüter & Hebel mit unserem Verband einen Tarif abgeschlossen hatte, so wandten wir uns an diese Firma. Die ganze Notiz ist echt christlich. Aus einem köstlichen Wahrheit wird ein graufiger Dreck von Lügen zusammengedrückt.

Der Zigarrenarbeiter Uhe aus Bobbenhausen hat bei obiger Firma gelernt und arbeitete dann bei der Firma weiter. Der Firma ist schon seit einem Jahre bekannt, daß Uhe im christlichen Tabakarbeiterverband ist, sie hat sich darum abzuholen nicht gekümmert. Ja, als vor einiger Zeit Uhe sehr schlechte Arbeit lieferte, u. a. einen ganzen Kasten voller Goldschulke, hatte die Firma ihn gekündigt, ihn aber doch weiterarbeiten lassen. Wahr ist, daß Hebel zu Uhe etwa fünf Wochen vor seinem Austritt aus der Arbeit im Keller gesagt hat: „Sie hätten einen Tarif mit dem freien Verband, in welchem Verband aber Uhe sei, wäre der Firma egal, das könne er machen wie er wolle.“ Also genau das Gegenteil von dem, was das „christliche“ Blatt schreibt. Fünf Wochen später ist Uhe dann aufgehört. Mit keinem Worte ist hierbei von einer Verbandszugehörigkeit gesprochen worden. Wenn wir auf diese Notiz des „christlichen“ Organs eingegangen sind, so aus dem Grunde, um einmal wieder zu zeigen, wie notwendig diese Leute es haben, von sich zu reden. Ohne jede innere Kraft, müssen sie von solchen armseligen Mitteln vegetieren. Dabei sitzen diese duldenden Schafe in den Fabriken und Orten, wo sie die Macht haben, den größten Terrorismus und die schlimmsten Unzulänglichkeiten. Wir haben darüber schon berichtet. Es gibt Orte mit Tabakindustrie, wo die „Christen“ dominieren; wenn dort ein Freierorganisierter mal hineinkommt, bleibt demselben nur die Wahl, abzuziehen oder dem „christlichen“ Verband beizutreten. Und der Spelstafel ist groß, wenn in einem solchen Orte ein Einzelmischer einem freien Verbands beiträgt; wie viele Male betruagt man sich vor diesem.

Berichte.

Bielefeld. Achtung, Tabakarbeiter! Am Sonntag, den 22. Dezember, morgens 10½ Uhr, findet bei Herrn Kahl, Kaffeebrüder, die Generalversammlung der Ortskassentante der Tabakarbeiter statt. Die der Kasse angehörigen Kollegen werden dringend ersucht, zu erscheinen. Kollegen, ihr wißt nicht, wie wir in der letzten Generalversammlung behandelt worden sind. Die Tagesordnung ist auch bekannt. Also kein Kollege darf fehlen, damit wir durch eigene Vertreter Einfluß erhalten!

Hamburg-Altona. Branchenversammlung der Zigarrenarbeiter am 7. Dezember. Gauleiter Sadelberg referiert unter großem Beifall über die Frage: Wie ist die Lage der Zigarrenarbeiter aufzubessern? Redner vertrat es, gestützt auf ein reichhaltiges Zahlenmaterial, über die Erfolge der deutschen Gewerkschaften und deren finanzielle Leistungen, den Annehmlichkeiten die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auch für die in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen darzulegen. Sämtliche Diskussionsredner traten den Ausführungen des Referenten bei und forberten zur tatkräftigen Agitation unter den uns noch Fernstehenden auf, um dann mit Hilfe einer guten Organisation auch für unsere Industrie annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Die hierorts beschäftigten Maschinenführer, welche sämtlich zur Versammlung erschienen waren, gaben durch ihren Vorkämpfer die Erklärung ab, daß sie die Zigarrenarbeiter in jeder Weise unterstützen würden. Als Sekretärsleitung wurden die Kollegen W. und L., sowie die Kollegin Sch. gewählt.

Stolz in Pommern. Am Sonntag, den 8. Dezember fand hier eine allgemeine Tabakarbeiter-Versammlung statt, in welcher der Gauleiter Rob. Henschel-Gebing über die Löhne der Tabakindustrie einen Vortrag hielt. Wenn auch die Versammlung nur mäßig besucht war, so fanden die Ausführungen des Referenten ungeteilten Beifall. Besonders ist es zu begrüßen, daß es uns möglich war, eine Zahlstelle zu gründen; wir wollen hoffen und wünschen, daß auch die übrige Kollegenschaft sich unserer Sache anschließt, werden doch in Stolz Löhne gezahlt, die jeder Verbesserung der Löhne durchzusetzen. Mögen unsere Kolleginnen und Kollegen am Orte das beherzigen.

Briefkasten.

S. in Barrien. Etwas Vermögen spielt bei Gewährung der Invalidenrente keine Rolle. Es kommt nur darauf an, daß die Wartelzeit erfüllt und die Invalidität eingetreten ist. Die Wartelzeit ist 200 Beitragswochen (für etwaige Krankenwochen müssen Beiträge beigebracht werden, dann zählen sie als Beitragswochen). Die Invalidität gilt als eingetreten für den, der nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Der Anspruch auf Rente kann bei dem dort zuständigen Amtsvorsteher zu Protokoll gegeben werden.

Mitglieder, agitiert für den Verband!

Um Platz zu schaffen

wollen wir die vorhandenen Restbestände in **versteuerten Tabaken** und **Formen** aus den Konkursmassen von **Hils & Oberländer, Breslau** :-: **Franz Spielhagen, Brandenburg a. H.** sowie aus der Liquidation von **A. Collenbusch, Dresden**, schnellstens zu sehr billigen Preisen verkaufen.

Unser Lager besteht zurzeit aus

ca. 25000 gebrauchten Formen, nur moderne Fassons
Formenpressen **Bündelböcken** **Arbeitsstischen**

Wir bitten um Lagerbesuch eventuell um Einforderung von Modellbogen und Utensilien-Verzeichnis.

L. Cohn & Co., Berlin N

Deutschlands größtes Wickelformenlager

Brunnenstrasse 24

Um vor der Inventur zu räumen

gewähre ich statt der üblichen drei Prozent Kassa-Skonto

≡ 10 Prozent Kassa-Skonto ≡

auf die nachstehend aufgeführten Nummern meiner April-Liste.

Alle anderen Vergünstigungen bleiben daneben trotzdem in Kraft.

Die Nummern sind:

Sumatra No. 724, 749, 752, 759, 799

Java No. 881, 910, 948, 978, 1016, 1017, 1019, 1020, 1021, 1023

Brasil No. 1074, 1081

Interessenten, welche die April-Liste nicht besitzen, wird dieselbe auf Wunsch gratis und franko zugestellt.

ROBERT OEHLE

**ROHTABAK-
HANDLUNG**



**BERLIN SO.26
NR 2 COTTBUSER NR 2
STRASSE NR 2**

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstrasse 14

Java-Umblatt No. 7124

sehr lieferungsfähig, leicht und brandsicher, nur M. 1,50 pro Pfund verzollt.

Sumatra No. 6869

2 Länge Vollblatt, alter Tabak, nur M. 2,25 pr. Pfund verzollt.

Bestellen Sie Muster!

Offiziere div. hundert Zentner

gemühte fertige Zigarreneinlage

von Pfund 75 M., bei Abnahme von 100 Pfund 90. — M. Zentner
Zufendung. Hochfeine Mischung zu 5 M. Zigarren. 30. Preisliste gratis
und franco. Versand nur unter Nachnahme. [18]

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Firstenwallstr. 2.
Leichtes Kaffee-Vertriebsgeschäft der Provinz. — Gebr. 1886.

Druckhagen Schmalfeldt & Co., Bremen.

Preiswerte Tabake.

Sumatra-Decker Nr. 506, 2. Länge
Vollblatt, hellbraun, 220 M.
Sumatra-Decker Nr. 556, 2. Länge
Vollblatt, hell bis fahl, 260 M.
Sumatra-Decker Nr. 504, 3. Länge
Vollblatt, hell und seidig, 300 M.
Sumatra-Decker Nr. 558, 2. Länge
Vollblatt, hellbrauner Qualitäts-
tabak, 320 M.
Sumatra-Decker Nr. 502, 2. Länge
Vollblatt, mittelbrauner Qualitäts-
tabak, 350 M.
Java-Decker Nr. 558, 2. Länge
Vollblatt, hellfahl, 200 M.
Vorstenland-Decker Nr. 513, 1. Lg.
Vollblatt, hellbraun, 260 M.
Vorstenland-Decker Nr. 512, 2. Lg.
Vollblatt, hell, 330 M.
Brasil-Decker, tiefdunkel, sehr
günstig bedend, 240, 270 M.
Mexiko-Decker, dunkler Qualitäts-
tabak, 3 Hb. bedend, 400 M.
Java-Umblatt, alles Vollblatt, 140,
150, 160, 170 M.
Domingo-Umblatt, großblättrig,
trocken, 120, 135 M.
Carmen-Umblatt, zart, gut
schmeckend, 120, 130, 140 M.
Seedleaf, feine Qualität, 145 M.
Java-Einlage 105, 110, 115 M.

Carmen-Einlage 105, 110 M.
Brasil-Einlage 135, 145, 150,
160, 170 M.
Losgut, allerbeste Ware, viel Um-
blatt, 100 M.

Brinkmeier & Co.
Bremen, Geeren 42.

Hermeking & Bay
Berlin I., Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Aus-
wahl, mittel- und hellfarb. Voll-
blatt, 2. und 3. Länge à 250
bis 500 M., hell ff. 600 M.
Vorstenlanden-Decke, dunkel,
sehr Mexiko-Größe, à 260 M.,
helle Sechsecke à 300-400 M.
Java-Einlagen à 110-125 M.
Java-Kufarblätter à 130-145 M.
Java-Umblatt à 150-190 M.
Mexiko-Decke ff. 450 M.
Brasil à 150-190. Decke à 350 M.
Havanna à 350 M. Guba à 200 M.
Domingo à 120-170 M.
Carmen à 120-155 M.
Uckermarkter Ia. à 105 M.

Losgut Blattware, à 105 M. De-
ckel-Blatt-Rampongen à 125 M.
Wickelformen, gebrauchte, gut er-
haltene, Schiffschen-Abdrücke gratis
und franco.

Pressen zu 12 Formen, oben u. unten
verstellbar, Holzfuß- u.
Holzdruckplatte in sehr starker Aus-
führung, ledige Träger, 10 M.
jeuch 11 M., nur..... 10 M.
Presskasten, Bündelbücke, Roll-
bretter, Arbeitsmesser, Lack,
Papier, Band, Ringe, Etiketten,
Gummi-Tragant.

Gebrauchte Arbeitstische,
Pressen, Rahmen, Siebe
Zahnpfeife per Pfund verzollt
inkl. Verzoll. Versand unter
Nachnahme mit 3% Skonto.
Verlangene Preisverzeichnis.

H. Edling
Bremen, Fernspr. 5482

— anerkannt rechte, billige —
Bezugsquelle sämtlicher Tabake
empfehle
Sumatra-Decker (schneeweiß)
Brand) 180, 200, 220, 240, 260,
280, 300, 310, 320, 340,
400, 420, 450, 500 M.

Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140,
150, 160, 170 M., Stückblatt 130,
140, 150 M.
Java-Decker (hell) 270, 280, 300,
350 M., (mittel) 200, 230, 240,
250 M.
Java-Umblatt (leicht, flottbrennend)
120, 125, 130, 140, 150, 160,
170 M.
Vorstenland-Decker 180, 200, 250,
240, 260, 270, 300, 320, 350 M.
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220,
230, 240 M.
Brasil-Einlage u. Umblatt 120,
125, 130, 135, 140, 150, 160,
170 M.
Geschlitzte Einlage 110 M.
Carmen-Umblatt 105, 110, 120,
130, allerfeinstes Umblatt 140 M.
Domingo (sehr leicht) 100, 105,
110, 120, 130 M.
Seedleaf 110, 120 M.
Losgut (blättrig) 95, 100 M.
Original-Mischung 105, 110, 120 M.
Havanna 150, 200, 250, 300, 400 M.
Decker 650 M.
Tara-Guba (sauer) 180, 200, 250 M.

Grus 30, 60, 90, 100, Rip. 40,
500 frk., hell Dell, Voll., 2 1/2 u.
3 1/2, dopp. Umbl. 145/175, ff.
Einf. o. Rip. 185.
Kemmler, Licht, Breslau 6.

Söhnung unter die Vertreter der alten Zollmehrheit. Bekanntlich liegt zur Beratung die Regierungsvorlage vor, deren einziger Paragraph den großen Gemeinden den Zollbetrag für eingeführtes Fleisch zurück- erstatten will, soweit er den Betrag von 18 M pro Doppelzentner übersteigt. Diese Vergütung soll aber am 31. März 1914 wieder aufhören. Mit dieser kläglichen Hilfe können sich die Sozialdemokraten selbstverständlich nicht einverstanden erklären, deshalb beantragten ihre Vertreter in der Kommission, daß für die Dauer der Gültigkeit der Handelsverträge, also bis 1917, der ganze Zollbetrag zurückvergütet werden solle. Weiter beantragten sie, daß die den Gemeinden und gemeinnützigen Körperschaften zugewilligten Vergütungen auch den Konsumgenossenschaften eingeräumt werden. Außerdem wollen sie durch eine Resolution der Kommission den Reichszentralrat auffordern, weitere Vorlagen zu machen, durch die der § 12 des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, aufgehoben wird, daß noch bestehende Ausnahmegestimmungen für die Einfuhr von lebendem Rindvieh und Schweinen beseitigt werden usw.

Sofort nach der Eröffnung der Sitzung begannen die Obstruktionen der „Zöllner“ aus den Reihen der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums. Wenn man eine Debatte haben wolle über die Regierungsvorlage hinaus, dann werde man vor Weihnachten nicht fertig, deshalb solle man gar nicht erst anfangen. Diese volksfeindliche Stellung nahmen die Abgeordneten Arnstadt, Trimborn, Giesbertz und Böttger, der Exjüngliberale, ein. In entschiedener Weise traten diesem Verschleppungsmanöver die Abgeordneten Hoch, Molkenbühr, Duarc und Scheidemann entgegen. Die Anregungen der Zöllner wurden aber schließlich mit 15 gegen 13 Stimmen zum Beschluß erhoben. Die Mehrheit setzte sich zusammen aus den Vertretern der alten Zollmehrheit, war also schwarz-blau plus Nationalmiserabel.

Ausbeutung durch „Wohlfahrts-Einrichtungen“. Der Zweck der „Wohlfahrts-Einrichtungen“ wird wieder durch folgendes gut gekennzeichnet. Eine große Textilfirma in Erlangen hat für ihre Arbeiter 80 Wohnungen gebaut und wird dafür von der bürgerlichen Presse ob ihrer sozialen Bestimmung natürlich schrecklich angehimmt. Was eigentlich dahinter steckt, zeigen die Verträge; damit die Arbeiter jederzeit obdachlos gemacht werden können, falls sie etwa im Betriebe zu begehrt werden sollten, ist achtjährige Kündigung festgesetzt. Das schönste aber ist, daß die ganze Familie an den Unternehmer ihre Arbeitskraft verkaufen muß; nicht nur der Mann, sondern auch Frau, Söhne und Töchter müssen bei ihm in Arbeit treten. Der ganze Wohlfahrtskrummel ist weiter nichts als modernisierte Sklaverei.

Königlich preussische Beamtenfürsorge. In dem Reiche des preussischen Landwirtschaftsministers, Freiherrn v. Schorlemer-Lieser, herrscht bekanntlich ein äußerst reaktionärer, beamten- und arbeiterfeindlicher Geist. Trotz alledem dürfte eine „Anregung“, die in diesen Tagen von einer dem Minister unterstellten Regierungsbehörde erging, allgemeines Erstaunen auslösen. Die evangelische Provinzialhauptstadt Münster, in deren Mauern Herr v. Schorlemer vor vierzehn Tagen an wohlgedeckter Tafel beim Jubiläumsfest des Westfälischen Bauernvereins über angebliche Unterernährung spöttelte, ist Sitz einer sogenannten Generalkommission. Und eben von dieser Generalkommission ist, wie jetzt bekannt wird, vor etwa drei Wochen ein sehr befremdliches Schreiben an die untergeordneten Spezialkommissare gesandt worden.

Dieses echt preussische Kulturdokument verdient der Mitwelt im Wortlaut übermittleit zu werden. Es lautet: Münster, den 11. November 1912.

Königl. Generalkommission.
Auf Anordnung des Herrn Ministers machen wir die Herren Spezialkommissare darauf aufmerksam, daß bei Bemessung der Bureaukostenentschädigung keine Rücksicht darauf genommen werden kann, wenn die Herren Kommissare Gehälter zahlen, die in ihrem Gesamtbetrag für alle auf dem Bureau beschäftigten Privatgehilfen zusammen über das normale Maß hinausgehen. Es empfiehlt sich, nur jüngere Kräfte anzunehmen und diese durch andere jüngere Kräfte zu ersetzen, wenn jene sich verheiraten sollten.

An sämtliche Herren Spezialkommissare.
Ob die in dem Schlußsatz ausgesprochene „Empfehlung“ auch von Herrn Schorlemer-Lieser herrührt, geht mit Sicherheit nicht aus der Fassung des empörenden Schreibens hervor. Andererseits steht einer solchen Schlußfolgerung aber auch nichts entgegen. Die Beamten, um die es sich handelt, sind mit die am schlechtesten bezahlten. Gehälter von 60 und 70 M sind keine Seltenheit. Erst nach langjähriger Tätigkeit erreicht das Gehalt die schwindelhafte Höhe von 100 M im Monat.

Freisinnige Arbeiterfürsorge. In den gesetzgebenden Körperschaften, wo der Freisinn nicht die Macht hat, ist er stets sehr arbeiterfreundlich, besonders wenn er weiß, daß seine Stimmen nicht entscheidend sind. Anders verhält er sich in den Kommunen, die er beherrscht. Da legt er den Arbeitern gegenüber eine Knauerigkeit an den Tag, die gar nicht zu überbieten ist. In Königsberg i. Pr. hatten zum Beispiel die städtischen Arbeiter den Antrag auf Bewilligung einer Feuerzulage von drei Mark pro Woche gestellt. Der Magistrat beantwortete die Petition ablehnend, wobei er auf die Eisenbahn und das Telegraphenamt verwies, die nur 2,75 bzw. 2,90 M Mindestlohn pro Tag bezahlen, während die Stadt Königsberg 3,20 M gibt. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion beantragte, die Forderung der Arbeiter zu bewilligen, im Falle der Ablehnung des Antrages aber wenigstens allen Arbeitern und Handwerkern (es kommen 1400 Arbeiter in Betracht) eine einmalige Feuerzulage von 40 M zu bewilligen. Dieser Antrag wurde jedoch von den liberalen Herren abgelehnt. Eine der freisinnigen

Leuchten, Großkaufmann Orloff, empfahl, sich doch etwas mehr einzurichten, und statt ein Pfund Fleisch nur ein halbes Pfund zu kaufen! Schließlich nahm man den Antrag an, allen verheirateten Arbeitern der untersten Lohnklasse eine einmalige Zulage von 40 M zu gewähren.

Wenn der Magistrat diesem Antrage beitrifft, so erhalten nur die Arbeiter Zulage, die verheiratet sind und einen Tageslohn von 3,20 bis einschließlich 3,75 M haben. Alle übrigen Arbeiter gehen leer aus.

Wie das Handwerk gerettet wird. Die Handwerkskammern, die einst zur Rettung des Handwerks geschaffen wurden, sind den meisten, insbesondere den kleinen Handwerkern, längst ein Dorn im Auge, da sie nur zu zahlen, aber sonst keinen Nutzen von den Kammern haben. Ueberaus große Erregung herrscht unter den ostpreussischen Handwerkern über die Wirtschaft in der Gumbinner Handwerkskammer, die jeder Beschreibung spottet, und die selbst den Syndikus der Handwerkskammer veranlaßt hat, dagegen einzuschreiten. Er hat eine Schrift über die Zustände, insbesondere über das Vorgehen des Vorsitzenden der Handwerkskammer, verfaßt und ist deshalb vom Amte suspendiert und auf halbes Gehalt gesetzt worden. Der Vorsitzende wiederum ist wegen Betrugs angezeigt und es sind bereits gerichtliche Voruntersuchungen im Gange.

Nur ein kleiner Teil von dem, was dem Vorsitzenden zur Last gelegt wird, ist bisher öffentlich bekannt geworden. Und auch das gewährt einen Einblick in die Zustände der Handwerkskammer. So hat der Vorsitzende im Sommer eine Reise ins Bad Poppo gemacht und sich die Kosten von der Handwerkskammer dafür bezahlen lassen. Später hat er, als die Sache ruchbar wurde, das Geld zurückgezahlt. Ein Vorstandsmitglied ist wiederholte mals von Gumbinnen nach Jasterburg gekommen und dann nachmittags wieder zurückgefahren und hat für diese kurze Zeit und Strecke jedesmal 18,64 M liquidiert. Wenn Kommissionsmitglieder diese Reise gemacht haben, so haben sie nur 8,04 M liquidiert.

Im vorigen Jahre tagte in Gumbinnen der ostdeutsche Kammertag, auf dem es auf Kosten der Handwerkskammer hoch hergegangen ist. Der Vorstand hatte gesagt, die Veranstaltung sollte nur 194 M kosten, aber so viel wurde allein für die Autofahrten ausgegeben!! Nur 27 Personen haben an dem Kammertag teilgenommen und sie haben auch noch ihrer Festbeitrag bezahlt, trotzdem hat ihre Bewirtung 1050 M gekostet. Dann sind 40 M für Trinkgelder bei den Tagameterfahrten verwendet worden. Für Musik und Blumen sind über 60 M verausgabt worden. Kommt es zu einer gerichtlichen Verhandlung, dann werden noch ganz andere Dinge ans Tageslicht gelangen.

Lohnsteigerung durch Ueberarbeit. Nach den amtlichen Ausweisen über Bergarbeiterlöhne ist die Verdienstsomme pro Arbeiter auf den Zechen des Oberbergamtsbezirks Dortmund von 376 M im 3. Vierteljahr 1911 auf 422 M in der gleichen Zeit dieses Jahres gestiegen. Das Mehr macht 12,21 Prozent aus. Man würde aber gründlich fehl gehen, wollte man annehmen, in solchem Ausmaße wären die Löhne aufgebessert worden. In einem guten Teile ruht der Mehrverdienst von geleisteter Ueberarbeit her. Trotz der vielen Feierschichten, die im Ruhrrevier auf einer Anzahl von Zechen infolge des bekannten Wagenmangels stattfinden, ergibt sich für die Gesamtbelegschaft doch eine Zunahme der verfahrenen Schichten von 7,9, 6 im vorigen Jahre auf 82,7 im Jahre 1912. Ähnliche Verhältnisse ergeben sich für die anderen Bergbaubezirke. Nicht jämmerlich sind übrigens die Löhne im Reiche der frommen Zentrumsgrafen. In Oberschlesien betrug der Lohn pro Mann und Schicht im Durchschnitt nur 3,68 M gegen 5,10 M im Ruhrrevier, 4,21 M im Bezirk Saarbrücken und 4,92 M im Aachener Revier. Die Frömmigkeit der katholischen Grafen und Fürsten zwingt sie durchaus nicht, ihren Arbeitern angemessene Löhne zu bezahlen. Es mag auch noch betont werden, daß sie mit der Lohnsteigerung hinter der in anderen Bezirken sehr zurückgeblieben sind. Im Ruhrrevier macht die Steigerung immerhin 38 S pro Schicht aus, in Oberschlesien aber nur 17 S. Da sieht man die Arbeiterfreundlichkeit dieser Herren in der Praxis.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.
Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Niederwiesing, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großkaufmanns-Gesellschaft deutscher Konsumvereine u. s. D. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Riendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Sicken, Altona-Dittensen, Söhneisch 3, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Ausgeschlossen nach § 15 a wurden:
Bernburg, der Zigarettenmacher Mich. Mertig aus Berlin (ausgen. am 13. 3. 04, Buch S. II, 255), und die Frau Louise Mertig aus Bernburg (ausgen. am 24. 8. 12, Buch S. II, 52 277).
Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Menzingen (Baden): Jakob Meyer 1., Wilh. Döpf 2., Georg Zeller 3. Bev.
Wulfesdingen: 1. Bev. Wilh. Wöler.
Rehden: Joh. Rom als 1. Bev.
Dieber b. Dieken: Vertr. Jakob Weber (Bergmann).
Cottbus: Paul Jirnik als 1., Otto Suppan als 2. Bev.; Derrn. Minigal als Kont.

Adressenänderungen.
Rehden: Der 1. Bev. Joh. Rom, Kaiser-Friedrichstr. 8.
Dieber b. Dieken: Vertr. Jakob Weber (Bergmann).
Cottbus: 1. Bev. Paul Jirnik, Waisenstr. 2; 2. Bev. Otto Suppan, Karstr. 25.

Unterstützungen werden ausgezahlt:
A.-U. = Arbeitslosenunterstützung. K.-U. = Krankenunterstützung.
Cottbus: A.-U. beim 1. Bev. Paul Jirnik, im Restaurant Reil, Rathausgasse, von 12 bis 1 Uhr.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:
Für den Gau Hamburg:
Altona: Gottlieb Ostertag, Bureau: Einsbüttelerstraße 10.
Für Bremen:
Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.
Für den Gau Braunschweig:
Braunschweig: Ernst Sparkasse, Mauerstraße 48, II.
Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zugereiste dort Arbeitslosenunterstützung.
Für den Gau Nordhausen:
Nordhausen: Verbandsbureau: Wolfstraße 14.
Mühlhausen i. Th.: Emil Rothe, Rosenstraße 8.
Für den Gau Erfurt:
Erfurt: Wilhelm Schüller, Bureau, Rurfürstenstraße 8.
Für den Gau Köln:
Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.
Für den Gau Frankfurt a. M.:
Frankfurt: Heinrich Kiegel, Gießstr. 84, III.
Umfassend den Bezirk Oberhessen und Kreis Wehlar.
Hanau: Konrad Gräbner, Nordstraße 56.
Umfassend die Kreise Hanau, Homburg, Marburg, Kirchhain, Friedla, Hünfeld, Gelbhausen, Schlüchtern, Hersfeld (Provinz Hessen-Nassau) und Regierungsbezirk Unterfranken und Vorpommern (Königreich Bayern).
Für den Gau Offenburg:
Offenburg: Georg Durban, Turnhallenstraße 11 I.
Für den Gau Heilbronn:
Heilbronn: Gauleiter Ehr. Stöck, Hauptstr. 113 a, II. Seitenbau.
Für den Gau Karlsruhe:
Karlsruhe: Ad. Heiling, Werberstraße 95, prt.
Für den Gau Gießen:
Gießen: Anton Fischer, Udestedterstraße 23.
Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.
Für den Gau Dresden:
Dresden: A.: Joseph Domener, Riggenbergerstr. 2 III, Zimmer 84.
Walter Robis, Dresden-Bischof, Torgauerstr. 56, prt., für die Sortierer.
Für den Gau Breslau:
Breslau: Wilhelm Krämer, Kupferhammerstraße, Ecke Oberstraße 29 I.
Für den Gau Berlin:
Berlin: Alwin Schulze, Berlin. Bureau: Dragonerstraße 6a, vorn, II. Stg.
Für den Gau Götting:
Götting: Robert Penzschel, Grise-Niederstraße 13.
Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Vom 10. bis 16. Dezember 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen. B. = Verbandsbeiträge, A. = Annoncen, Z. = Zurückgezahlt, L. = Lokalmarken.
6. Dezember: Kaphen B. 120.—, 7. Dezember: Dresden B. 1250.—, König B. 200.—, Mühlhausen i. Th. B. 100.—, 8. Dezember: Striegau B. 500.—, Krayim B. 70.—, Groß-Hartmannsdorf B. 10.—, d. R. Schubert, Hohenheim B. 500.—, 9. Dezember: Spenge B. 500.—, Berlin B. 600.—, Breslau B. 600.—, U. 1750.—, Kurlach B. 60.—, Freiberg B. 500.—, 10. Dezember: Groß-Höden B. 100.—, 11. Dezember: Bahren B. 100.—, Landsberg B. 50.—, Westerstede B. 100.—, 12. Dezember: Begele B. 200.—, Schwiebus (16. 10.) B. 10.—, Ohlau B. 400.—, Brieg B. 50.—, Lenzinghausen B. 100.—, Seelen B. 100.—, Freyland B. 300.—, 13. Dezember: Burgdamm B. 300.—, Deberau B. 50.—, Gahlenbeck B. 600.—, Hamburg B. 1000.—, L. 25.—, Bredstedt B. 70.—, Waggsteinfurt B. 100.—, Bremen, den 16. Dezember 1912.
W. Nieder-Belland, Kassierer.

Mitglieder-Versammlungen.

Der Wille vorwärts zu kommen, ist der halbe Sieg!
Sonabend, den 21. Dezember:
Epradom: Ab. 8, b. Goldwey. L.-D.: Das Hausarbeitsgesetz (Ref. Gaus. Vahle).
Hafeln: Ab. 7½, b. Beermann. L.-D.: Das Hausarbeitsgesetz (Ref. Gaus. Schlichter).

Gestorben:

Am 4. Dezember zu Waldheim Emma Weibelt aus Waldheim.
Am 7. Dezember zu Altona Andreas Ränger aus Schleswig, 67 Jahre alt.
Am 7. Dezember zu Stuttgart Heinrich Mansoat aus Speyer, 73 Jahre alt.
Am 9. Dezember zu Hildesheim August Demmel aus Berßel, 61 Jahre alt.
Am 9. Dezember zu Burg b. Magdeburg Verta Quindt aus Burg b. M., 57 Jahre alt.
Am 14. Dezember zu Halberstadt Paul Weher aus Osterwieck, 57 Jahre alt.
Am (?) Dezember zu Minden Wilhelm Marks aus Kleinbremen, 68 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Mozartstraße 5, I.
Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. H., Steinstraße 22.
Schiedsgericht: G. Feiß, Hamburg 39, Schweinstraße 54 II.
Eingegangen: Bischofswerda M. 40.—, Sorau 50.—, Finsterwalde 230.—, Duisburg 100.—, Wittenberg 40.—
Sterbekasse: Orloy M. 10,71, Bischofswerda 13,50, Wandsbel 34,04, Finsterwalde 50.—, Cassel 28.—, Einsbüttel 130.—, Duisburg 16,50, Biederich 15.—, Hamburg 50.—
Zuschüsse: Wandsbel M. 34,04, Cassel 50.—, Halberstadt 100.—, Biederich 15.—, Bredschheim 60.—, Breslau 100.—, Gr. Aufseim 80.—, Walsch 75.—, Braunschweig 100.—, Hareb 100.—, Hamburg 150.—
Krankengeld: M. 40,67.
Bilanz vom 3. Quartal 1912:
Kassenbestand am 30. Juni M. 179 216,28
Einnahme „ „ 31 012,64
M. 210 228,92
Ausgabe „ „ 81 267,21
Kassenbestand am 30. September M. 178 961,71
Hamburg, den 16. Dezember 1912. W. Otto

H Rohtabak • Utensilien F



Den der heutigen Zeitung beiliegenden

Wandkalender

überreiche ich meinen werten Kunden
mit den besten Wünschen zum neuen
Jahr!



In der Einschreibung vom 13. Dezember 1912 in Amsterdam
direkt gekaufte geschlossene Partien:

164 Ballen Sidimore:

Prachtvoll reifbraunes Java-
Umblatt, erste Längen, zugig,
leicht, horrend blattig.

73 Ballen A/KTR/D Malang:

Billige Java-Einlage.
Leichter Tabak für
billige Zwecke.

* Verlangen Sie bitte meinen Katalog! Die Preise sind sehr billig! *

H Heinrich Franck

Berlin N. 54
Brunnen-
Strasse 22

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4352

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.
Verzolltes Lager aller Sorten Tabaken Kontor Bünde-Bahnhof
Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover
No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.
Abgabe jedes Quantum zu billigsten Engrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Be-
gleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch
bei geregelter Verbindung mit fremdwirtschaftlichem Zahlkredit.

Spezialität in Sumatra- u. Vorsteuereisen-Decktabaken.
Nur tadellos weiss fremde Tabake von 1 Mark an bis zu den
feinsten Qualitäten.

Großes Lager in Java, Domingo, Caraca, Brasil, Mexiko, Havana etc.

Verlangen Sie Preisliste und Muster.
Probe-Postkolli aller Sorten auf Wunsch.

Unterhaltene Proben anspruchsvoller Tabake. Durchschnittspreis
I. Sortierung per Pfund 2.00 Mk. verz.
II. Sortierung per Pfund 2.50 Mk. verz.

Deckblatt-Tabake: III. Sortierung per Pfund 2.00 Mk. verz.
von Umbl. u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund
1.50 Mk. verzollt, II. Sortierung per Pfund 1.20 Mk. verzollt

Geschliffene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt
1.10 Mk. verzollt.

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Markenname. Bei größeren Posten
Ziel nach Nebereinkauf. Jeder Versand führt zu geregelter Verbindung.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtwall 35 Fernsprecher 3946

empfeht in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Rollblatt, 185, 200, 220, 240, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 4

Sumatra-Umblatt, Rollblatt, 155, 180 4

Java-Decker dunkel 220 4, hell 260, 280, 300, 320 4

Java-Umblatt 140, 165, 160, 165 4

Java-Einlage 95 4, mit Umbl. 110, 120, 130 4

Vorsteuereisen-Decker 260, 275, 300, 320 4

Brasil-Decker 175, 200, 210 4

Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. frohen 125, 150, 140, 150, 160 4

Widdienner... (text partially obscured)

... (text partially obscured)

Fabk.

Aufgabe weg. pr. 1. 1. 18
Grus teilw. 10% unt. Preis:
35, Einlage ohne Rip. 125, Dell,
Voll., 250, dopp. Umbl. 1 1/2.

Jul. Hecht, Breslau 6.

Carl Roland, Berlin SO. 28

Stettinstraße 4. [5
Sumatra-Tabake M. 1.60, 2.50,
3.20, 3.50, 3.80, 4.00, 5.50. Borsten-
sand-Decken M. 2.70, 3.10, 3.60.

Java-Einlage M. 1.20, 1.30, 1.40.

Java-Umblatt M. 1.75, 1.85. Brasil
M. 1.30, 1.50, 1.85. Alle anderen
Tabake billigst; reelle Bedienung.

Rohtabak-Handlung Hengjoss & Maak

Altona-Ottensen

Filiale Berlin N.,
Brunnenstraße 25 [25]

Jacob Hirscht jr.

Mannheim B. 1. 9. [10
Alle Sorten in- u. ausländi-
scher Tabake zu billigsten
Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wert-
steuer. Post-Versand per Nach-
nahme. Ziel nach Uebereinkunft
bei Abgabe von Ia. Referenzen.

August Durlacher

Mannheim 2. B. 7. 9

Alle Sorten Tabake verzollt
und versteuert inkl. Wert-
steuer. Reelle Bedienung. Ver-
sand gegen Nachnahme mit
3% Skonto. Abgabe jeden
Quantums. Gr. Formlager.

Unter treuen Kollegen Kurt

Gude und Arno Wehnert zu
ihren 25jährigen Betriebsjubiläum
die besten Glückwünsche

von den Mitgliedern
der Sachliche-Sänger.

Grüßungen
Sänger I. M.